

Eine heiße Grenze

Yezid Arteta Dávila

Kolumbien und Venezuela haben eine 2.200 Kilometer lange Landgrenze. Die historischen, politischen und wirtschaftlichen Bindungen zwischen den beiden Nationen gehen auf die von Simón Bolívar geführte Unabhängigkeit zurück.

Der Ölboom in den 1970er Jahren veranlasste mehr als eine halbe Million Kolumbianer zur Auswanderung nach Venezuela, und eine weitere halbe Million wanderte während der grausamsten Dekaden des internen bewaffneten Konflikts in Kolumbien aus. Es gibt keine verlässlichen Zahlen, aber es wird geschätzt, dass sich etwa zwei Millionen Kolumbianer in Venezuela aufhalten, sowohl reguläre als auch solche ohne Papiere.

Die von den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union gegen die Regierung von Nicolás Maduro verhängten Wirtschaftssanktionen haben in Verbindung mit der Inkompetenz der Regierung den anfälligen und abhängigen Produktionsapparat Venezuelas zerstört. Nahrungsmittelknappheit, Hyperinflation, Kriminalität und Korruption zwingen nach Angaben des UNHCR und der

Gewalt und humanitäre Krisen in Kolumbien und Venezuela

Internationalen Organisation für Migration (IOM) fünf Millionen Venezolaner zur Flucht aus dem Land. Die lange und durchlässige Grenze veranlasste die große Mehrheit, nach Kolumbien auszuwandern.

Die Trump-Administration nutzte Kolumbien als Speerspitze gegen die Regierung von Nicolás Maduro. Zwei Söldnerangriffe aus dem Norden Kolumbiens scheiterten. Seit mehreren Jahren gibt es keine Beziehungen mehr zwischen Bogotá und Caracas, und die Konsulate wurden geschlossen, sodass die lange Grenze in den Händen von kriminellen Organisationen liegt, die den Menschenhandel, den Waren- und Kapitalverkehr und die Erbringung von Dienstleistungen kontrollieren. Das Departement Norte de Santander (Kolumbien) und der Bundesstaat Táchira (Venezuela) bilden das aktivste und bevölkerungsreichste Gebiet der gesamten Grenzregion, das gewalttätigste und militarisierteste Gebiet befindet sich jedoch im Departement Arauca (Kolumbien) und im Bundesstaat Apure (Venezuela).

Labor für die Destabilisierung

Das Departement Arauca ist zu einer Art Labor für die Destabilisierung Venezuelas geworden. Internationale Agenten, Abenteurer, Söldner, das kolumbianische Militär, Strukturen des Drogenhandels und bewaffnete Gruppen, die sich als Dissidenten der inzwischen aufgelösten FARC bezeichnen, treffen in der Region aufeinander. Die kolumbianische Regierung wirft ihrem venezolanischen Amtskollegen vor, die von Iván Márquez angeführte Hauptdissidentengruppe der FARC auf seinem Territorium zu schützen. Venezuela beschuldigt Kolumbien, paramilitärische Gruppen zu





unterstützen, die auf seinem Staatsgebiet Sabotageakte verüben. Alles deutet darauf hin, dass einige Dissidenten auf der Seite der Regierung Maduro stehen und andere von Kolumbien gegen sie eingesetzt werden. Zwischen März und April 2021 begann eine Serie von Angriffen und Hinterhalten, bei denen acht venezolanische Militäranghörige im Bundesstaat Apure getötet und acht weitere gefangen genommen wurden. Die Freilassung der Soldaten kam durch eine vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) geführte Verhandlung zustande.

In Arauca befinden sich bedeutende Erdölvorkommen, die jedoch weder zu einer Entwicklung der Region noch zu einer Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen der Bevölkerung geführt haben. Die Lizenzgebühren aus der Erdölförderung wurden von korrupten politischen Clans und Guerillaorganisationen wie der Front Domingo Laín der Nationalen Befreiungsarmee (ELN) und der Einheiten 10, 28 und 45 der FARC ausgenutzt, die Ende 1990er Jahre in die Region kamen. Die beiden Guerillagruppen kämpfen gegeneinander um die Kontrolle ihres Territoriums.

Die Zivilbevölkerung bzw. die von beiden Seiten Betroffenen haben die Hauptlast der Kämpfe zu tragen. Der Januar 2022 war ein tödlicher Monat für das Departamento Arauca. Die Stiftung für Menschenrechte „Joel Sierra“ dokumentierte 64 Tötungen von Zivilisten im Zusammenhang mit dem Territorialstreit zwischen der ELN und den sogenannten FARC-Dissidenten. Aus den gleichen Gründen wurden auf venezolanischer Seite 15 Menschen getötet. All dies geschieht in einer der am stärksten militarisierten Regionen Kolumbiens: 7.000 Soldaten und 1.200 Polizisten.

Parlamentswahlen und Zukunftserwartungen

In der Grenzregion von Arauca und Apure gibt es drei humanitäre Krisen. Die erste ist eine Folge der Angriffe, die von regulären und irregulären bewaffneten Gruppen zur Kontrolle des Territoriums auf beiden Seiten der Grenze durchgeführt werden. Das zweite Problem ist die Zwangsumsiedlung der Bewohner des Departaments Arauca. Diese Vertreibung ist vor allem Folge der Kämpfe zwischen der ELN und den FARC-Dissidenten in ländli-

chen Gebieten. Zivilisten wandern in der Sorge ab, der Kollaboration mit der einen oder anderen Seite beschuldigt und getötet zu werden. In Kolumbien und Venezuela kommt es darüber hinaus in vielen Gebieten zu Vertreibungen und Fluchten aus ländlichen Gebieten in städtische Zentren. Die dritte Krise ist das Ergebnis der umfangreichen venezolanischen Migration auf kolumbianisches Gebiet. Alle drei Krisen werden durch die Nachwirkungen der Covid-19-Pandemie, die zunehmende Armut und den Drogenhandel verschärft.

Die Welle von Morden und Drohungen hat ein Klima der Angst und Unsicherheit unter den Hunderten von ehemaligen FARC-Kämpfern geschaffen, die ihre Waffen niedergelegt haben, sich von den Kriegsparteien distanzieren und versuchen, mit produktiven Projekten voranzukommen. Die ehemaligen Guerilleros halten sich hauptsächlich in der Ortschaft Filipinas, Gemeinde Arauquita, Departamento Cauca auf. Einige wurden getötet, andere haben ihre Wiedereingliederungsprogramme abgebrochen, weil sie sich von der Regierung nicht geschützt fühlen.

Zwischen März und Mai dieses Jahres finden in Kolumbien Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. Eine neue Regierung wird am 7. August vereidigt. Der Konsens über die Normalisierung der Beziehungen zwischen Kolumbien und Venezuela wächst. Es wird eine grenzüberschreitende und internationale Agenda erwogen, um die wirtschaftliche und soziale Lage in beiden Ländern zu verbessern. Parallel dazu haben die Grenzgemeinden Abkommen unterzeichnet, um das Schicksal der Zivilbevölkerung zu mildern und humanitäre Korridore sowie Korridore für Studenten zu ermöglichen.

Yeziel Arteta Dávila, Schriftsteller und Politischer Analyst, lebt in der Nähe von Barcelona/Spainien
<https://www.facebook.com/yeziel.artetadavila>